

32
79

Union in Deutschland

Bonn, den 27. September 1979

Gespräch mit dem DGB

CDU und DGB sind sich darin einig, daß die bruttolohnbezogene dynamische Rente erhalten bleiben muß. Beide fordern mehr soziale Gerechtigkeit durch eine entscheidende Verbesserung der Familienpolitik.

Das ergab das Spitzengespräch, zu dem sich der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB und das Präsidium der CDU Deutschlands am 24. September 1979 in Düsseldorf trafen. Das Gespräch fand unter Leitung des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter und des Bundesvorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, statt. Es diente der Weiterentwicklung des beiderseits angestrebten konstruktiv-kritischen Sachdialogs. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Fragen, insbesondere Fragen der Renten-, Familien- und Energiepolitik.

Zur aktuellen energiepolitischen Diskussion betonten beide Gesprächspartner, daß umweltfreundliche Energieträger verstärkt erforscht und genutzt werden müßten. Bestehende Energieträger seien besser auszunutzen, und die Anstrengungen zur Energieeinsparung seien durch Wiederverwendung schon benutzter Rohstoffe zu intensivieren. Um wirtschaftliches Wachstum, Arbeitsplätze und soziale Sicherung zu gewährleisten, sei die Anwendung der Kernenergie nach dem heutigen Er-

(Weiter auf Seite 2)

■ INFORMATION

Vermögensbildung:
Jetzt handeln Seite 2

■ DM-AUFWERTUNG

Eine schwere Schlappe für
Schmidt Seite 5

■ RENTEN

Das Dementi des Dementis —
Auszüge aus dem Tonband-
protokoll von Frau Fuchs vor
der SPD-Bundestagsfraktion —
Stellungnahme von Heiner
Geißler Seite 6

■ VERFASSUNGS- SCHUTZBERICHT

Linksradikalismus sucht Einfluß
bei der Jugend zu verstärken
Seite 7

■ KOALITION

Kloses Giftmüllskandal Seite 9

■ BUNDESWEHR

Soziale Probleme der Soldaten
bleiben weiter ungeklärt Seite 11

■ CDU HESSEN

Ehe und Familie müssen wieder
ersten Rang einnehmen Seite 13

■ NEUERSCHEINUNG

Option auf eine lebenswerte
Zukunft Seite 15

■ DOKUMENTATION

Betrifft: Helmut Schmidt
grüner Teil

■ INFORMATION

Vermögensbildung: Jetzt handeln

Seit eineinhalb Jahren liegen im Deutschen Bundestag zwei Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der unionsgeführten Bundesländer zur Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zur Entscheidung vor. Die SPD/FDP-Koalition hat sich mit ihrer Mehrheit bislang mit allen Kräften bemüht, diese Initiativen abzublocken. Vorgeschobene Einwendungen und Bedenken mußten erhalten, um von der eigenen langjährigen Handlungsunfähigkeit und Zerstrittenheit in vermögenspolitischen Fragen abzulenken.

Erst im Zeichen der nahenden Bundestagswahl und unter dem Druck der zur weiteren Beratung in den Bundestagsausschüssen anstehenden Gesetzentwürfe der Union hat nun die Koalition neue vermögenspolitische Vorstellungen angedeutet, stellt Elmar Pieroth für die Bundestagsfraktion fest. Noch steht auf seiten der bislang in den Detailfra-

kenntnisstand unverzichtbar. Dabei sei die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbetrieb und bei der Entsorgung zu gewährleisten. Breiten Raum nahm in dem Spitzengespräch zwischen DGB und CDU die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft ein. Dabei bekannten sich beide Seiten zum Gedanken der Einheitsgewerkschaften, ihres inneren Pluralismus und zur Koalitionsfreiheit.

gen zerstrittenen Koalitionsparteien in Frage, ob die sog. Eckwerte des Vorschlages überhaupt noch zu einem Gesetzentwurf führen werden, der vor dem Ende der Legislaturperiode seriös beraten werden kann.

Nach Aussage der Bundesregierung sollen nun überbetriebliche Tariffonds in den Mittelpunkt der Vermögensbildung treten, die unserer Idee der freiwilligen, partnerschaftlichen und betriebsnahen Vermögensbildung widersprechen. Zweifel sind angebracht, ob hier die komplizierten rechtlichen und technischen Probleme überhaupt zu lösen sind. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß die Koalition noch rasch einen Wahlschlager komponieren will, ohne daß es zu einer Uraufführung kommen wird.

Nach den langen Verzögerungen in der Vermögenspolitik, an denen die Koalition die Schuld trägt, muß jetzt endlich gehandelt werden. „Denkanstöße“ und Versprechungen der Koalition hat es nun genug gegeben. Jetzt ist das Parlament gefordert. Konkrete Initiativen der Union liegen vor. Ihnen braucht nur zugestimmt zu werden.

Fleißige Fraktion

Vom Beginn der 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bis zur Sommerpause 1979 wurden insgesamt

Die Repräsentanten der CDU würdigten ausdrücklich die Verdienste der Einheitsgewerkschaft. In Übereinstimmung mit dem DGB stellten sie fest, daß der einheitsgewerkschaftliche Anspruch immer wieder durch Toleranz nach innen und parteipolitische Unabhängigkeit gerechtfertigt werden muß.

CDU und DGB vereinbarten die Fortsetzung des kritisch-konstruktiven Sachdialogs durch Expertengespräche von beiden Seiten.

15 931 Fragen an die Bundesregierung gestellt. 10 347 = 65 % kamen von Abgeordneten unserer Fraktion; 4 829 = 30,3 % von der SPD und 755 = 4,7 % von FDP-MdB.

Von den 289 „Kleinen Anfragen“ arbeitete die CDU/CSU-Fraktion 248 = 85,8 % aus; nur 31 reichten SPD und FDP gemeinsam ein. 9 = 3,1 % der „Kleinen Anfragen“ waren interfraktionell.

Insgesamt wurden 28 „Große Anfragen“ an die Bundesregierung gerichtet. 20 = 71,5 % kamen von der CDU/CSU; nur 9 = 28,5 % stellten die Koalitionsfraktionen gemeinsam.

Auch bei den Gesetzentwürfen schneidet die Union gut ab:

Von insgesamt 322 Vorlagen kamen 210 = 65,2 % von der Bundesregierung; 33 = 10,2 % vom Bundesrat. Von der CDU/CSU wurden 51 = 15,8 % erarbeitet; 19 = 5,9 % der Gesetzentwürfe wurden von SPD und FDP eingebracht. Interfraktionell wurden 9 = 2,8 % dem Bundestag vorgelegt.

Appelle des Kanzlers genügen nicht

Es genügt nicht, lediglich an Unternehmen und Gewerkschaften zu appellieren, meinte MdB Werner Dollinger in einer ersten Reaktion auf den Stabilitätsaufruf des Kanzlers. Der Bundeskanzler übersehe bewußt, daß das fehlerhafte und unentschlossene Verhalten der Bundesregierung in der Wirtschafts-, Energie- und Finanzpolitik wesentlich zur Gefährdung von Wirtschaftswachstum und Preisstabilität beigetragen habe.

Die Zurückhaltung und Disziplin, die der Bundeskanzler von Gewerkschaften und Unternehmen mit Recht verlange,

sollte sich nach Ansicht Dollingers auch die Bundesregierung in ihrer Finanz- und Ausgabenpolitik selbst zur Richtschnur machen.

Konservative siegen in Norwegen und Schweden

Helmut Kohl hat telegrafisch dem Vorsitzenden der schwedischen „Moderate Samlingspartiet“, Gösta Bohman, zum „großartigen Wahlerfolg“, den die Partei unter Bohmans Führung errungen hatte, gratuliert. Die Wahlen in Schweden hätten die schon in Dänemark und Finnland erreichten Stimmengewinne der konservativen Parteien in Skandinavien komplettiert, stellt der Parteivorsitzende fest.

In einem weiteren Telegramm gratulierte Helmut Kohl dem Vorsitzenden der norwegischen Høyre Partei, Erling Norvik, zum „sensationellen Wahlerfolg“ bei den Kommunalwahlen. Er betrachte diesen Sieg als eine erneute Stärkung und einen zusätzlichen Beweis für eine wichtige „politische Tendenzwende in ganz Skandinavien, ja im ganzen freien Europa.

Mit fremden Federn geschmückt

Zur Ankündigung des Bundesfinanzministers im Finanzausschuß des Bundestages, daß steuerfreie Jubiläumszuwendungen künftig früher gezahlt werden können, erklärte Adolf Müller (Remscheid): Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 30. November 1978, daß steuerfreie Jubiläumszuwendungen künftig schon nach 35-, 45- und 55jähriger Betriebszugehörigkeit gezahlt werden können und der Freibetrag anzuheben ist, mo-

natelang verzögert. Erst in der letzten Sitzung des Finanzausschusses hat der Finanzminister, nachdem DGB und die Arbeitgeberverbände sich eindeutig für den CDU/CSU-Antrag ausgesprochen hatten, teilweise Einsicht gezeigt und die Verkürzung der Jubiläumsdienstzeiten zum 1. Januar 1980 zugesagt.

Leider muß man feststellen, daß die Bundesregierung und die Koalitionsabgeordneten nach wie vor nicht bereit sind, die entsprechenden Freibeträge für Jubiläumszuwendungen anzuheben. Mit der Ausrede, daß dies erst geprüft werden müsse, und einem vagen Versprechen für 1981 werden die Arbeitnehmer hier getröstet.

Kohl würdigt Arbeit des Deutschen Mieterbundes

Dem in Berlin stattfindenden Deutschen Mietertag 1979 sandte Helmut Kohl ein Grußwort, in dem er die 75 Jahre währende Arbeit des Deutschen Mieterbundes für die Interessen der Mieter würdigte. Der Bund könne mit Stolz darauf zurückblicken.

Die heimlichen Steuererhöhungen

Was inflationäre heimliche Steuererhöhungen sind hat der „Bund der Steuerzahler“ erläutert: Die Progression der Einkommensteuer führt dazu, daß die Lohn- bzw. Einkommensteuerschuld schneller steigt als das Einkommen. Man nennt diesen Vorgang „heimliche Steuererhöhungen“, weil er ohne Gesetzesänderung erfolgt. Erhöht sich beispielsweise das Einkommen eines Ledigen um 5 Prozent von 2 000 DM auf 2 100 DM, dann erhöht sich seine Lohnsteuerschuld um 9,8 Prozent. Dieser Mechanismus einer progressiven Ein-

kommensteuer hat aber zur Folge, daß die Einkommensteuerschuld auch dann steigt, wenn das Einkommen lediglich im Ausmaß der Geldentwertung zunimmt, also kein Zuwachs an Leistungsfähigkeit vorliegt.

Angenommen, der fünfprozentige Einkommensanstieg im obigen Beispiel reicht gerade aus, um eine gleich hohe Geldentwertung auszugleichen. Dann ist der Realwert des verbleibenden Nettoeinkommens aufgrund der überproportionalen Belastungszunahme gesunken, der Realwert der Einkommensteuer entsprechend gestiegen. Das Monateinkommen steigt innerhalb eines Jahres von 2 000 auf 2 100 DM, die Einkommensteuer im gleichen Zeitraum von 288,30 DM auf 316,50 DM. Das Einkommen nach der Besteuerung müßte von 1711,70 auf 1797,28 steigen, wenn der reale Wert unverändert bleiben sollte. Tatsächlich steigt es nur auf 1 783,50 DM. Es ist in diesem Fall zu einer inflationären heimlichen Steuererhöhung gekommen.

In diesem Jahr 30 000 Zivildienstler im Einsatz

Noch in diesem Jahr sollen 30 000 Kriegsdienstverweigerer in einem Zivildienstverhältnis stehen. Das ist die höchste Zahl, die jemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht wurde, erklärte der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven. Gegenwärtig stünden 42 000 Zivildienstplätze zur Verfügung, die in den nächsten Jahren auf 60 000 gesteigert werden sollen. Gleichzeitig warten nach den Worten von Iven 70 000 junge Leute darauf, daß sie als Kriegsdienstverweigerer von den Behörden und Gerichten anerkannt werden.

■ DM-AUFWERTUNG

Eine schwere Schlappe für Schmidt

Die am Wochenende erfolgte Aufwertung der DM innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) um zwei Prozent war notwendig. Allzu groß waren bereits nach einem guten halben Jahr seit Inkrafttreten die Spannungen im Europäischen Währungssystem. Allein in den letzten drei bis vier Monaten mußte die Bundesbank für fünf Milliarden Mark direkt oder indirekt intervenieren, um die Kurse innerhalb der Bandbreiten zu halten.

Diese Interventionen schafften zusätzliche Geldmengen und gaben der hausgemachten Inflation in der Bundesrepublik neue Nahrung. Insofern waren zunehmende Schwierigkeiten innerhalb des EWS und weniger die neue Dollarschwäche die Gründe für die DM-Aufwertung.

Die Währungsanpassungen bereits sechs Monate nach Inkrafttreten des EWS sind gleichzeitig eine schwere Schlappe für Bundeskanzler Schmidt, erklärte Rudolf Sprung, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Geld und Kredit“, in Bonn. Gegen innenpolitischen Widerstand und Bedenken von Bundesbank und Wissenschaft hatte er im vergangenen Jahr die Pläne zum EWS quasi im Alleingang durchgepeitscht.

Er verkündete, das EWS werde zu mehr Währungsstabilität zwischen den einzelnen Währungen führen und unsere europäischen Partnerländer in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik auf den Pfad der Tugend zwingen. Die Europä-

ische Gemeinschaft (EG) sollte mit Hilfe des Währungsverbundes zur Stabilitätsgemeinschaft gemacht und damit Europa auch politisch vorangebracht werden.

Die jüngsten Ereignisse beweisen, daß diese Ziele des Bundeskanzlers nicht erreicht wurden. Im Gegenteil: Die Inflationsraten der Mitgliedstaaten der EG sind in den Monaten seit dem Inkrafttreten des EWS nicht geringer geworden, sondern haben sich eher vergrößert und auseinanderentwickelt. Dies gilt insbesondere für Dänemark, das im Februar dieses Jahres 6,8 Prozent Inflation verzeichnete und nunmehr bei fast 11 Prozent angelangt ist, und Italien, dessen Geldentwertungsrates sich von 13,1 Prozent im Februar auf jetzt fast 17 Prozent erhöhte.

Auch in Frankreich, unserem wichtigsten Partner innerhalb des EWS, ist der Trend zu mehr Geldwertstabilität um die Jahreswende gekippt.

Damit haben diejenigen Recht behalten, die davor gewarnt haben, auf eine zwangsläufige Harmonisierung der Wirtschaftspolitik durch die disziplinierende Wirkung des Europäischen Währungssystems zu hoffen. Ob durch die Maßnahmen vom Wochenende wieder Ruhe im Europäischen Währungssystem einkehrt, ist fraglich. Auf- und Abwertungen im EWS und damit Instabilität wird es solange geben, wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer nicht besser aufeinander und auf das Ziel Geldwertstabilität abgestimmt sind.

■ RENTEN

Das Dementi des Dementis

Das „Tonbandprotokoll“ der Rede der Staatssekretärin Anke Fuchs vom Bundesarbeitsministerium vor der SPD-Bundestagsfraktion am 4. September 1979 bestätigt die Überlegungen in der SPD über eine Besteuerung der Renten nach der Rentenreform 1984. Nach ersten Meldungen über die SPD-Klausursetzung hatten das Arbeitsministerium und die SPD-Fraktion heftig dementiert — das Tonbandprotokoll ist nach den Worten eines SPD-Parlamentariers „das Dementi des Dementis“. Hier Auszüge aus dem 21 Seiten umfassenden Protokoll:

Wie sollen wir das Auseinanderklaffen von Renten und Arbeitnehmer-Einkommen verhindern? ... Der Rentnerkrankenversicherungsbeitrag, so wie wir ihn jetzt vorsehen, gibt erstmalig die Chance, daß wir auch andere Alterseinkommen in die Beitragsbemessung mit einbeziehen, so daß wir nicht immer Lösungen nur im Rahmen der Rentenversicherung vorsehen, sondern jene mit einbeziehen, die neben der Rentenversicherung eine eigene Beamtenversorgung haben oder eine betriebliche Altersversorgung ... Vielleicht kommen wir dann eines Tages dazu, daß wir sagen, wir behandeln den Rentner genauso wie jeden anderen Bürger. Dann laß ihn doch, wenn er jenseits einer hohen Grenze eine Rente oder eine Altersversorgung bekommt, dafür auch Steuern bezahlen. Ich sage

dies ganz leise, Genossinnen und Genossen, weil ich weiß, wie brisant dieses Thema ist. Aber auf Dauer sehe ich nicht ein, daß jemand, der jenseits von 2 000 Mark, so will ich einmal anfangen, und vorsichtig gestaffelt und andere Alterseinkommen dazu hat, warum der nicht wie ein normaler Bürger zu Steuern herangezogen werden kann.“

Zu dem offenkundigen Widerspruch zwischen den Äußerungen von Anke Fuchs vor der SPD-Bundestagsfraktion und den Erklärungen von Wehner erklärt Generalsekretär Heiner Geißler:

Was SPD und Regierungskoalition Rentnern und Beitragszahlern zumuten, entwickelt sich zu einem Skandal: Nach dem Rentenbetrug 1976, nach der Aussetzung der bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente 1978, nach den ständigen Querelen in der Regierungskoalition hat Herbert Wehner Rentenbesteuerungspläne der SPD als „gezielte Falschinformation“ bezeichnet.

Nunmehr offenbart das der Nachrichtenagentur ddp vorliegende Wortprotokoll, daß die Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Frau Fuchs, sich vor der Bundestagsfraktion der SPD ausdrücklich für eine Besteuerung der Renten eingesetzt hat.

Die Bürger, vor allem die älteren Mitarbeiter, haben ein Recht darauf, zu erfahren, was die SPD nun wirklich in der Rentenpolitik will. Jetzt müssen die Karten offen auf den Tisch.

Die Union hat schon 1977 ein in vielen Punkten zwar nicht populäres, aber ehrliches, ordnungspolitisch klares, finanzpolitisch abgesichertes und sozial ausgewogenes Konzept zur Rentensanierung vorgelegt.

Jetzt darf nicht länger vertuscht werden; ein neuer, frecher Rentenbetrug muß verhindert werden.

■ VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT

Linksradikalismus sucht Einfluß bei der Jugend zu verstärken

Die umstrittene Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums zum Thema Terrorismus und junge Generation hatte unter anderem unterstellt, daß ein Meinungsklima der Verängstigung, des Rückzuges Jugendlicher aus unserer Gesellschaft und des Mißtrauens in die demokratischen Organisationen entstanden sei, weil die Jugendlichen eine unkontrollierte Be-spitzelung kritischer Menschen durch den Verfassungsschutz befürchten.

Im Bericht des Verfassungsschutzes wird für das Jahr 1978 festgestellt, daß junge Menschen unterdurchschnittlich in rechtsradikalen Organisationen vertreten sind. Der Rechtsradikalismus ist — so Hermann Kroll-Schlüter, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Jugendpolitik“ — ein Außenseiterphänomen, das keinerlei politische Chancen und Unterstützung hat, sondern sich an der Grenze der Kriminalität bewegt. Bei den Rechtsradikalen handelt es sich um eine winzige Gruppe, die durch energische Polizeiaktionen eine konsequente Justiz, mehr Indizierungsanträge bei der Bundesprüfstelle zum Verschwinden gebracht werden kann.

Sechs Neonazis wurden wegen verbrecherischer Gewalthandlungen angeklagt. Gegen 550 Rechtsextreme wird ermittelt, oder sie sind wegen Ausschreitungen verurteilt worden. Darunter ist zu verstehen, daß sie Schmier-

Plakat- und sonstige Klebeaktionen durchführen. Das sind an sich harmlose „Ausschreitungen“, über die man hinwegsehen könnte, wenn es nicht den verbrecherischen Hintergrund des NS-Staates gäbe. Unter den Verurteilten sind insgesamt 14 Jugendliche.

In ihrer Ideologie, der sozialen Herkunft ihrer „Führer“, der allgemeinen öffentlichen Ablehnung und Verachtung, der rigorosen Mißbilligung durch alle demokratischen Parteien und mangels jeden internationalen Zusammenhangs macht der Rechtsextremismus einen so erbärmlichen Eindruck, daß keinerlei Faszination für die Jugend erkennbar ist.

Die Repräsentativerhebungen, zum Beispiel der Shell-Stiftung, zeigen auch, wie friedliebend, tolerant und europäisch unsere Jugendlichen denken. Das ist kein Nährboden für Rechtsradikalismus. Insgesamt gibt es 47 Lehrer, die in rechtsextremistischen Organisationen Mitglieder sind. Mehrfach hat es in letzter Zeit Beispiele dafür gegeben — zum Beispiel in Baden-Württemberg — daß diese Lehrer bei einer politischen Betätigung aus dem Schuldienst entlassen werden.

Das Bild des Linksradikalismus dagegen ist viel imposanter. Dafür gibt es zwei Gründe: Einmal die Tatsache, daß hinter marxistischen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland ein gewaltiges außenpolitisches Potential

steht, das eine weltpolitische Hegemonie anstrebt. Von daher sind diese Organisationen besser ausgestattet, haben ein größeres Sendungsbewußtsein und Selbstbewußtsein. Die philosophisch-theoretische Rechtfertigung des Linksradikalismus ist kompakter und anspruchsvoller. Linksradikal betätigen sich 70 000 Personen, davon 885 als Lehrer, 207 als wissenschaftliches Personal an Hochschulen, 129 als sonstiges Personal an Schulen und Hochschulen. Daraus geht hervor, daß der Linksradikalismus in einem Einflußbereich wirkt, der für die Zukunft der Jugend viel bedeutsamer ist.

Wichtig ist die Tatsache, daß die studentische Öffentlichkeit wesentlich und überwiegend durch den Linksextremismus bestimmt ist. Dabei verwendet der Verfassungsschutz ein strenges Abgrenzungskriterium. Linksextrem sind nur Kommunisten verschiedener Schattierung und sogenannte undogmatische Linke (Tunix). Gezählt und beachtet werden nur diejenigen Linken, die politische Aktionen unternehmen und die

BGH hebt Freispruch wegen „Buback-Nachruf“ auf

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat den Freispruch für die vier Kaiserslauterner Studenten aufgehoben, die den „Mescalero“-Nachruf in einer Studentenzeitung veröffentlicht hatten. In dem Artikel hatte der bislang anonym gebliebene Verfasser geschrieben, er könne „eine klammheimliche Freude“ über den Mord an Generalbundesanwalt Buback nicht verbergen. Der BGH hält in seinem Urteil die Drucklegung dieses Textes auch dann für strafbar, wenn sich die verantwortlichen Redakteure den Inhalt nicht zu eigen machten (Aktenzeichen 4 Str 207/79).

die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch eine andere ersetzen wollen.

Der Unterschied zum Rechtsradikalismus, der mit seinen absurden Ideen keinerlei Übereinstimmung mit irgendeiner politischen Partei aufweisen kann, liegt beim Linksradikalismus darin, daß die bestorganisierte Linke eine Aktions-einheit mit den Sozialdemokraten herstellen möchte und um Machtpositionen in der Gewerkschaft ringt. Als jugendpolitische Aktivitäten werden die Festivals der Jugend genannt, die sozialistische Schülerarbeit und die Jugendzentrumsbewegung. Am Kinderprogramm der jungen Pioniere sollen 6 000 Kinder teilgenommen haben.

Ein Eurokommunismus konnte sich bisher nicht entwickeln, und der Verfassungsschutz würde ihn auch nicht registrieren. Der Verfassungsschutzbericht tut sich wiederum schwer damit, die terroristischen Aktionen der Rote-Armee-Fraktion anders als konspirativ einzuschätzen. Es wird zwar gesagt, aber nicht politisch gewürdigt, daß sich der „revolutionäre Zorn“ der Terroristen genau derselben Begründungen und derselben Themen annimmt, die für das gesamte linke Spektrum charakteristisch sind. Es hat eben den für die Betroffenen zwingenden Übergang aus der Protestbewegung der neuen Linken zum Linksradikalismus und Terrorismus gegeben.

Nach wie vor liegt eine große Aufgabe darin, für die Jugend linke Positionen scharf von totalitären und gewaltbejahenden Konsequenzen abzugrenzen. Die Union, die bekanntlich gegen radikale Gefährdungen aller Art immun ist, hat die Aufgabe eines beständigen Mahners, auch wenn sie dadurch der Linken ziemlich auf die Nerven geht.

■ KOALITION

Kloses Giftmüllskandal

Die CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft verlangt den Rücktritt von Bürgermeister Hans-Ulrich Klose. Fraktionschef Jürgen Echter nach bezeichnete Klose als den Hauptverantwortlichen für ein „Behördenchaos“, das zu dem Skandal um die Chemiefirma Stoltzenberg geführt habe.

In der vergangenen Woche sei deutlich geworden, daß vor allem in den Jahren 1976 und 1977, aber auch noch zu Beginn dieses Jahres wiederholt, insbesondere von der Polizei, konkret auf die Mißstände bei Stoltzenberg hingewiesen worden sei, daß aber trotzdem nichts geschah. Der CDU-Politiker warf dem Bürgermeister ein „erbärmliches, schäbiges und unfaires“ Verhalten vor. Er versuche, sich durch gezielte Desinformation aus der Schußlinie zu bringen und hinter dem Rücken von Beamten zu verstecken.

Dazu heißt es in der „Rheinischen Post“:

„Es wird Konsequenzen geben“, hatte Hamburgs Bürgermeister Klose angekündigt, als der Giftmüllskandal der Hansestadt publik wurde. Nun liegt die Forderung nach seinem Rücktritt auf dem Tisch. Das wäre eine Konsequenz, an die Klose gewiß nicht gedacht hat, als Vorgeschichte und Ausmaß des Skandals die Bürger erregten. Wie es scheint, hatte er eher ins Auge gefaßt, den Umweltschutz-Senator, persönlichen Freund und Genossen Curilla zu

opfern. Die CDU aber will den prominenten Sozialdemokraten Klose nicht aus der politischen Verantwortung entlassen.

So wie ein Minister oder ein Regierungschef sich mit den Leistungen seiner Mitarbeiter schmücken darf, so muß er auch geradestehen, wenn seine Behörde versagt.

Aus jüngster Zeit gibt es Beispiele: Vor genau zwei Jahren trat der damalige baden-württembergische Justizminister Bender (CDU) zurück, nachdem sich im Gefängnis Stammheim Baader-Meinhof-Terroristen das Leben hatten nehmen können; im Sommer 1976 legte der Berliner Justizsenator Oxfort (FDP) sein Amt nieder, weil vier Terroristinnen aus dem Gefängnis Moabit ausgebrochen waren, und Oxforts Nachfolger Baumann (FDP) trat 1978 wegen einer Gefangenenbefreiung zurück.

Die Hamburger Opposition stellt also keine unbillige Forderung. Klose ist seit November 1974 Bürgermeister, davor war er ein Jahr lang Innensenator. In dieser Zeit ist mehrmals auf die Gefahren des Stoltzenbergschen Sprengstoff- und Giftmüll-Lagers in Hamburg-Eiderstedt aufmerksam gemacht worden.

Wenn dennoch erst ein Kind sterben mußte, um Behörden und verantwortliche Politiker aufzuwecken, dann ist das ein Skandal, für den ein Regierungschef sich zur Verantwortung ziehen lassen muß.“

Isolierter Sparer

Bundesfinanzminister Hans Matthöfer mußte in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion eine Abstimmungsniederlage und einen Rüffel von Fraktionschef Herbert Wehner hinnehmen. Als der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst

Waltemathe um Rückendeckung der Fraktion für einen Vorstoß zur Verbesserung des Wohngeldes vor allem für kinderreiche Familien bat, witterte Matthöfer neue Belastungen in ungewisser Höhe für die Bundeskasse und wollte den Antrag abschmettern. Als Argument — so berichteten Teilnehmer — führte er ins Feld, daß ja nicht einmal eine schriftliche Unterlage vorliege. Doch Wehner fuhr den Finanzminister an: Er sei hier nicht am Kabinetttisch. Der Antrag sei mündlich wohl begründet worden. Die Fraktion stimmte ab — und zu. Einzige Gegenstimme: Hans Matthöfer.

Bundesminister Schmude täuscht die Arbeitnehmer

Bundesminister Jürgen Schmude (SPD) sprach jüngst im Bildungszentrum der IG Metall in Sprockhövel über das Thema „Bildung und Arbeitnehmerinteressen“. Wie ein roter Faden zog sich durch seine Rede die Behauptung, daß die jetzige Bundesregierung einer Weiterbildung aller Arbeitnehmer besondere Bedeutung beimesse. Schmude: „Es geht darum, selbstbewußte, zupackende Arbeitnehmer heranzubilden, für die es keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens gibt, in dem sie nicht Entscheidendes mitzubestimmen und mitzugestalten vermögen.“

Gleichzeitig bedauert er, daß die Weiterbildung für Arbeitnehmer bisher nur ansatzweise erreicht wurde. Mit kernigen Worten kündigte er an, daß die Bundesregierung den gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub ausdehnen werde. Dies nahmen die Gewerkschafter mit großem Beifall auf.

Bezugnehmend auf diese Meldung startete MdB Stutzer eine Anfrage im Deutschen Bundestag. Antwort der Bundes-

regierung: „Die Annahme, daß anlässlich der Präsentationsveranstaltung am 27. August 1979 im Bildungszentrum der IG Metall in Sprockhövel eine Ausdehnung des gesetzlichen Anspruchs auf Bildungsurlaub angekündigt worden sei, ist unzutreffend.“ Ferner wird in der Antwort ausgeführt, daß Schmude sich erst in nächster Zeit mit der Frage beschäftigen wird, ob eine Initiative der Bundesregierung zum Bildungsurlaub überhaupt in Erwägung gezogen werden soll.

Nach dieser Auskunft muß festgestellt werden, es gibt in der Bundesregierung noch keine Vorstellung über die Erweiterung eines Bildungsurlaubsgesetzes.

SPD zur Kernkraft: „Nein, jein, ja . . .“

Sechs Positionen gebe es in der SPD zur Kernenergiefrage — stellt der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg fest. Er personifizierte diese Atomkraftvariante wie folgt:

Günter Jansen (SPD-Chef in Schleswig-Holstein): Nein, auf keinen Fall . . .

Klaus Matthiesen (Fraktionschef in Schleswig-Holstein): Nein, auf keinen Fall — zunächst aber doch . . .

Erhard Eppler (SPD-Chef in Baden-Württemberg): Nein, ganz entschieden nein — aber bis zum Jahr 2000 brauchen wir vorübergehend die doppelte Zahl Kernkraftwerke.

Reinhard Überhorst (Vorsitzender der Enquete-Kommission Energiepolitik): Jein.

Rainer Offergeld (Entwicklungshilfeminister): Ja, aber zeitweise nein.

Adolf Schmidt (Chef der IG Bergbau): Ja, wir müssen Kernkraftwerke bauen.

■ BUNDESWEHR

Soziale Probleme der Soldaten bleiben weiter ungelöst

Über die „soziale Lage in der Bundeswehr“ wird schon länger geredet als es den Betroffenen lieb und der Sache dienlich ist. Auch die Regierung scheint auf einen Abnutzungseffekt zu setzen. Sie spricht vom sozialen Jahr und schreibt eine umfangreiche Bestandsaufnahme über tausend Einzelheiten, die aber an den wahren Schwierigkeiten vorbeigeht, die auch kaum jemand liest, aber mit der beschönigenden, verharmlosenden, die Öffentlichkeit irreführenden **Schlußbemerkung: Es sei alles in Ordnung. Bei der Bundeswehr gäbe es kein soziales Defizit.**

Dazu stellt der Abgeordnete Markus Berger fest: Die Regierung vertagt die meisten drängenden Probleme auf das Haushaltsjahr 1981. Nach dem Motto: Erst über die Runden kommen. Sie deklariert eine bare Selbstverständlichkeit, die Gehaltszahlung für Soldaten auf Zeit vom ersten Dienstmonat an, tatsächlich als Maßnahme zur Verbesserung der sozialen Lage.

Damit kein Mißverständnis aufkommt. Wenn von der sozialen Lage der Soldaten gesprochen wird, geht es nicht um Wohltaten. Das wäre das letzte, was die Soldaten brauchten. Nein, es geht um die Effektivität der Streitkräfte, die Attraktivität der militärischen Laufbahnen zur Sicherung des soldatischen Nachwuchses, um die Mobilität der Sol-

daten als Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr. Es geht aber auch um die Motivation zum Beispiel unserer wehrpflichtigen Soldaten für ihren schweren Dienst, den so viele verweigern.

Dazu ein Beispiel: Die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte setzt Mobilität der Soldaten voraus. Daran hapert es in letzter Zeit. Doch statt dem zu begegnen, indem die sozialen Nachteile einer Versetzung oder eines Umzuges aufgefangen oder wenigstens gemildert werden, verlagert die Bundesregierung die Wohnungsfürsorge aus dem Verteidigungs- in das Wohnungsbauressort und verschärft und kaschiert so die bestehenden Probleme.

Oder: Immer noch wird den Soldaten der sogenannte Endumzug verweigert, so daß diese auch als Ruheständler in ihren letzten Dienstwohnungen bleiben, wenn sie den Umzug nicht aus eigener Tasche bezahlen wollen. Sie tun dies, selbst wenn die Wohnungen viel zu groß geworden sind, während kinderreiche, im Dienst stehende Soldaten dann keine angemessene Wohnung finden.

Das Ergebnis ist immer mehr Widerstand gegen dienstlich notwendige Versetzungen. Auch das vom Wohnungsbauministerium strikt angewendete System der Vergleichsmieten wirkt sich meistens dahingehend aus, daß die Soldaten nach einer Versetzung in teure Wohnungen umziehen müssen.

Tausende von Offizieren und Unteroffizieren warten jahrelang auf eine ihrem Können und ihrer erwiesenen Eignung entsprechenden Verwendung. Weil aber infolge der ungünstigen Altersstruktur nur wenige in den Ruhestand gesetzt werden, können viele erst dann in eine ihrer Qualifikation entsprechende Verantwortung gestellt werden, wenn sie dafür fast schon wieder zu alt sind.

Jung und spannkraftig muß die Armee sein. Ein überaltertes Führungs- und Unteroffizierskorps schmälert die Substanz. Es geht also auch hier nicht um „soziale Wohltaten“, wenn fast alle verantwortlichen Kräfte einschließlich des Wehrbeauftragten nach einer unverzüglichen Lösung dieses Problems suchen.

Die Regierung indes hat in ihrem Sozialbericht darüber kein Wort verloren. Weil dieser aber zur Grundlage ihres Programms für soziale Verbesserungen geworden ist, enthält er auch nichts als die Beteuerung, ab 1981 erste Gegenmaßnahmen treffen zu wollen. Doch müßten mindestens diejenigen Bestimmungen des Haushaltsstrukturgesetzes, die zu einer wesentlichen Verschärfung der geschilderten Lage geführt haben, unverzüglich zurückgenommen werden.

Bleibt noch der Wehrsold zu diskutieren. Viele haben den Katalog der Bundesregierung, der eine Dienstzeitausgleichsregelung auch für grundwehrendienstleistende Soldaten vorsieht, gründlich mißverstanden. Selbst das regierungsoffizielle Informationsblatt „Bundeswehr aktuell“ hatte eine Wehrsolderhöhung angekündigt, später aber korrigiert: Nur für diejenigen, die regelmäßig mehr als 56 Wochenstunden Dienst leisteten.

Auch dies ist Etikettenschwindel. Vermutlich wären das dann gar nicht mehr

viele, die in den Genuß dieser Zulage kämen. Denn eine gute Administration könnte dafür sorgen, daß die regelmäßigen Stundenbelastungen verringert werden. Hier wird deutlich, was die angekündigte Dienstzeitausgleichsregelung wirklich soll. Nämlich von der Tatsache ablenken, daß nach zweieinhalb Jahren mit einer Inflationsrate von insgesamt mehr als 10 % spätestens im Juli 1980 eine Wehrsolderhöhung notwendig wäre. Eine solche aber ist nicht vorgesehen.

Der Bundesausschuß Sicherheitspolitik der CDU hat deshalb für den Haushalt 1980 vorgeschlagen, den Wehrsold um eine DM pro Tag zu erhöhen. Dies wäre sogar durch eine Umschichtung des Verteidigungshaushalts finanzierbar.

Vorschriften bei Panzertransport grob mißachtet

Im Fall des im Sommer dieses Jahres auf dem Transport von Kassel nach Trier vorübergehend verschwundenen Flugabwehrraketenpanzers Roland sind nach Ansicht der CDU/CSU die Sicherheitsvorschriften „grob mißachtet“ worden. Wie der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, MdB Willi Weiskirch, nach einer Sitzung des Bundestags-Verteidigungsausschusses mitteilte, ist die Untersuchung dieses „haarsträubenden Vorgangs“ immer noch nicht abgeschlossen. Die „laxe Behandlung der Affäre“ durch die Bundesregierung bezeichnete Weiskirch als „Skandal“. Trotz der Anmahnung des Verteidigungsministeriums habe das zuständige Bundeswirtschaftsministerium bislang keinen Bericht über die Hintergründe des Falles erstattet. Dieses Verhalten — so Weiskirch — halte die CDU/CSU für besonders fahrlässig.

■ PARTEITAG CDU HESSEN

Ehe und Familie müssen wieder ersten Rang einnehmen

„Der Staat muß Rahmenbedingungen schaffen, die es erleichtern, sich nicht gegen, sondern für das Kind zu entscheiden“, erklärte der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Alfred Dregger, zur Eröffnung des 49. Landesparteitages und VI. Landeskongresses der CDU Hessen am 22. September in Marburg.

Die Delegierten beschäftigten sich dort mit der Problematik des Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik und verabschiedeten ein Thesenpapier für eine „kindbezogene Familienpolitik“. Aktueller sozialpolitischer Hintergrund: Rund 30 000 Kinder werden jährlich von ihren Eltern mißhandelt. 20 000 Kinder und Jugendliche laufen jährlich von zu Hause weg. Der Anteil junger Menschen, die direkt oder indirekt durch Drogen ums Leben kommen, steigt ständig an. 300 000 Kinder und Jugendliche leben in obdachlosen Siedlungen. Es fehlen Kinderbetreuungseinrichtungen, die es ermöglichen, Familienleben, Schule und Arbeitsleben miteinander in Einklang zu bringen. Schulstreß und überzogene Leistungserwartungen im Elternhaus fördern psychische und physische Störungen bei Kindern. Mehr als 66 700 Kinder wurden 1976 Opfer von Verkehrsunfällen.

Trotz unlegbarer Fortschritte auf dem Weg der individuellen und sozialen För-

derung des Kindes und seines rechtlichen Schutzes ist unsere Gesellschaft nach wie vor kinderfeindlich. Ein kinderfreundliches Klima aber erfordert die Abkehr von einer reinen materialistisch orientierten Weltanschauung, die das Rationale, Machbare überschätzt und das Emotionale, Immaterielle stark in den Hintergrund drängt.

Die Delegierten kritisierten in diesem Zusammenhang den zweiten Familienbericht der Bundesregierung und den Entwurf für ein neues Jugendhilferecht und für das Recht der elterlichen Sorge, die in eine „falsche Richtung“ gingen. Sie höhnten das elterliche Erziehungsrecht aus, beeinträchtigten das Familienleben durch mögliche Eingriffe des Staates und seien gleichbedeutend mit einer Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung der Familie.

Nach Auffassung der hessischen CDU ist Voraussetzung für die Lösung der Probleme der Kinder und Familie eine „Umkehr im gesellschaftspolitischen Denken und Handeln“. Die hessische CDU fordert in ihrem Thesenpapier daher: Wiederherstellung einer ersten Rangordnung für die Familie in der Gesellschaft. Neufestlegung der Wertstellung der Familie. Stärkung der Institution Ehe und Familie. Abbau von materiellen Startschwierigkeiten zur Gründung von Ehe und Familie. Verbesserung des Schutzes des ungeborenen Lebens. Rahmenbedingungen, die den

Kinderwunsch nicht durch gesellschaftspolitische und gesetzliche Maßnahmen blockieren, sondern fördern.

Zu Beginn des Parteitages, an dem etwa 500 Delegierte und Gäste sowie zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Verbänden teilnahmen, hatte sich Alfred Dregger in seinem Referat vor allem mit den ökonomischen und sozialen Folgen eines anhaltenden Absinkens der Geburtenzahl beschäftigt. Auf die Ursachen des negativen Geburtenrends eingehend sagte Dregger, in einer Zeit, in der Wachstumspessimismus, gesteigerte Sensibilität gegenüber Umweltgefahren und Atomangst immer breiteren Raum einnehmen, in der außerdem sozialistische Bildungsideologen das „Feindbild“ Familie bekämpften und unsere Schulen und teilweise Universitäten einem schrecklichen Veränderungsstreß unterwürfen, in einer solchen Zeit müßte die Geburtenfreudigkeit zurückgehen.

Von Einfluß sei ferner auch die Tatsache, daß der Platz in der Familie und die Sorge für Kinder nicht mehr die selbstverständliche Rolle der Frau seien. Der Wunsch nach materieller Unabhängigkeit und beruflicher Karriere gerate mit dem Wunsch nach Kindern nicht selten in Konflikt. Dazu komme eine doppelte finanzielle Schlechterstellung der Kinderreichen im Vergleich mit den Kinderlosen. Zu den erheblichen Mehrausgaben für die Kinder träten Mindereinnahmen in Beruf und Alter.

Während zum Beispiel ein kinderloses Ehepaar sich ein doppeltes Arbeits- und Renteneinkommen erarbeiten könne, sei dies für ein kinderreiches Ehepaar nicht möglich. Im Gegenteil: Heute sei es so, daß die Kinder der Kinderreichen einen wesentlichen Anteil der

Renten der Kinderlosen finanzierten. Es sei daher mit dem Versicherungscharakter der Rentenversicherung durchaus zu vereinbaren, denen, die durch Kinder zum Bestand der nachwachsenden Generation beitragen und dafür erhebliche Kosten aufbrächten, einen Ausgleich bei der Höhe der Beitragszahlungen und der Rentenleistungen zu gewähren.

Bevor sich die Delegierten in drei Arbeitskreisen mit der Familie als der Grundform des Zusammenlebens, der Kinderfreundlichkeit als einer Verpflichtung für das ganze Volk und den Ausländerkindern, unseren Nachbarn von morgen, beschäftigten, war Professor Dr. Dr. Hans W. Jürgens von der Universität Kiel auf die Problematik des Geburtenrückgangs der Bundesrepublik Deutschland eingegangen. Der Wissenschaftler warnte vor dem Gedanken, daß weniger Menschen mehr Umweltqualität schafften. Diese Vorstellung habe sich noch nirgendwo realisieren lassen. Allerdings sollte das Kind nicht zu sehr unter Kosten-Nutzen-Aspekten gesehen werden, obwohl natürlich diese Frage auch wichtig sei, betonte Professor Jürgens.

Der Parteitag ging mit einem Referat von Prof. Dr. Dr. Rudolf Affemann, dem Leiter des Institutes Mensch und Arbeitswelt, Stuttgart, zum Thema „Kinder und Fernsehen — Wohltat oder Plage?“ zu Ende. Der Wissenschaftler beschäftigte sich eingehend, gestützt auf Untersuchungen in aller Welt, mit den positiven und negativen Einflüssen, die das Fernsehen auf Kinder haben kann. Er kritisierte unter anderem die Eindämmung der innerfamiliären Kommunikation durch übermäßigen Fernsehgenuß und wies auf den Faktor Angst hin, der durch viel Fernsehen entstehen könne.

Option auf eine lebenswerte Zukunft

Mit der wissenschaftlichen Fachtagung zu Umwelt und Wachstum „Lebenswerte Zukunft“ setzte die CDU ihre erfolgreiche Tradition fort, zentrale Zukunftsprobleme für Staat und Gesellschaft in einem öffentlichen Forum mit Wissenschaftlern und Experten über Parteigrenzen hinweg zu diskutieren. In verständlicher Sprache zeichnen die Beiträge ein umfassendes Bild der Gegenwart und der Optionen auf unsere Zukunft — jenseits von Weltuntergangsvisionen oder blindem Optimismus.

Die Beiträge und Analysen, die dieses Taschenbuch der breitesten Öffentlichkeit zugänglich macht, liefern Daten und Prognosen, die ein rationales Urteil ermöglichen. Sie stellen aber auch die Frage, wie Politik und Gesellschaft fähig sind, die Zukunft zu gestalten. Engagiert, aber ohne ideologisches Eiferertum werden Meinungsverschiedenheiten ausgetragen und Problemlösungen umrissen. Für den kritischen Bürger, der die unfruchtbare Polemik vieler Umwelt- und Wachstumsdebatten leid ist, ist dieser Band eine Alternative. Er enthält sämtliche Referate und eine Zusammenfassung der Podiumsdiskussion.

Zusätzlich aufgenommen wurde die Regierungserklärung von Ministerpräsi-

GESCHICHTE
UND STAAT

Optionen auf eine lebenswerte Zukunft

Herausgegeben
von Heiner Geißler

dent Ernst Albrecht zur Gorleben-Entscheidung und ein Beitrag des Generalsekretärs Heiner Geißler zum Thema „Nach Harrisburg“.

Erschienen im Günter Olzog Verlag, München, Preis: 9,80 DM.

SPD/FDP haben Mehrheit verloren

SPD und FDP haben bei den Beratungen zur Novellierung des Wohnungsbauänderungsgesetzes im Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ihre Mehrheit von 14 zu 13 Stimmen verloren. Die CDU/CSU hat

mit 13 zu 12 Stimmen durchgesetzt, daß in bezug auf öffentlich geförderte Wohnungen zugunsten der Mieter bei der Vereinbarung einer Sicherheitsleistung diese das Anderthalbfache der zulässigen monatlichen Einzelmiete nicht übersteigen darf. SPD und FDP hatten sich für drei Monatsmieten als Kautionszahlung ausgesprochen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITAT

Nach bekanntem Muster

Bewundernswert ist die Leidenschaft, mit der Teile der SPD in der Frage der Atomkraft die Schlinge um den eigenen Hals immer fester ziehen. Die zwei jüngsten Beispiele liefern der SPD-Vorsitzende Brandt und die bayerische Sozialdemokratie. Brandt erweckt den Eindruck, als ob ungefähr vom Jahr 2000 an die Kern-Energie wieder entbehrlich sei, daß sie deswegen als vorübergehende Energie-Alternative toleriert werden könne. Es ist die Suche nach der Wischi-Waschi-Formel, die das Dach sowohl für ein Ja wie für ein Nein oder gar ein Nein bietet.

Die bayerische SPD gar hat auf ihrem Parteitag einem radikalen Rigorismus gehuldigt, der der Weiterentwicklung der Kern-Energie auch die letzte Chance nehmen soll.

In diesem Zusammenhang ist eine neue Entwicklung in der SPD interessant, die

der Forderung nach einer ausreichenden Alternativ-Energie mit dem Projekt eines radikalen Energie-Sparprogramms zu begegnen hofft. Sie will die Lichter herunterdrehen, die privaten Haushaltstechniken, soweit sie Strom verschlingen, kontrollieren und möglicherweise abschalten, den Benzinverbrauch reduzieren, die Heizungssysteme drosseln, kurz und gut, sie glaubt durch eine geschickte Mischung von Aufklärung, Verteilung, Überwachung und Verboten den Energieverbrauch so deutlich zu senken, daß zusätzliche Kern-Energie überflüssig wird.

Auch in der Bundesregierung sitzen Anhänger einer solchen Regelung, die aber im Kern nichts anderes ist als ein bürokratisiertes Rationierungssystem, das das Energiesparen durch Bewirtschaftung erzwingen will. Ohne große Phantasie ist das Ergebnis vorauszu sehen: die Behörde entscheidet, ob und wie häufig der Bürger unter die Dusche treten darf. Daß wichtige SPD-Partikel immer wieder diesem Unsinn nachrennen, zeigt, wie gequält, unsicher und wechselhaft die Partei weiterhin dem Energie-Thema gegenübersteht.

Frankfurter Neue Presse, 24. September 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID